RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Trier-Petrisberg Ordnungsmaßnahme Planung - Abbruch - Entsorgung

Sitzung:	Sitzung des Stadtrates		
TOP:	Ö 10		
Gremium:	Stadtrat	**Beschlussart:**	ungeändert beschlossen
Datum:	Do, 21.02.2002	**Status:**	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:00 - 18:32	**Anlass:**	ordentliche Sitzung
Raum:	Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof		
Ort:			
Vorlage:	045/2002 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Trier-Petrisberg Ordnungsmaßnahme Planung - Abbruch - Entsorgung		
Status:	öffentlich	**Vorlage-Art:**	StR öffentlich
Berichterstatter:	Beigeordneter Dietze	**Aktenzeichen:**	65
Federführend:	Hochbauamt	**Beteiligt:**	Dezernat V
Bearbeiter/-in:	Strobel, Michael		Stadtplanungsamt

Wortprotokoll
Beschluss

Als Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies Ratsmitglied Becker darauf hin, dass die Vorlage für den Dezernatsausschuss V am 06.02.2002 erst am selbigen Tag auf die Tagesordnung aufgenommen worden sei. Dabei sei auf den bestehenden Zeitdruck verwiesen worden und die Vorlage sei ohne Diskussion und ohne Votum an den Stadtrat weitergeleitet worden. Die Tatsache, dass die Entsorgung mit einem gewissen Zeitdruck zusammenhänge, erfülle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einer gewissen Besorgnis. In diesem Zusammenhang haben sich für die Fraktion noch folgende Fragen ergeben:
- Wie realistisch sei die in der Vorlage angegebene Kostenschätzung?
- Bleibe es bei den in der Vorlage vorgesehenen Kosten?
- Worauf beruhen die Kostenschätzungen?
- Gehe es nur um die Entsorgung der Altlasten über der Erdoberfläche?
- Seien weitere Kontaminationen in den Böden bekannt?
- Was geschehe, wenn sich solche größeren Altlasten zeigen sollten? Sei dann eine fachgerechte Entsorgung sichergestellt?
- Wer trage diese zusätzlichen Kosten?
- Wann soll die Sanierung der Böden vorgenommen und wie soll diese vollzogen werden?

Auch Ratsmitglied Kirsch wies namens der UBM-Fraktion darauf hin, dass die Vorlage im Dezernatsauschuss V als Tischvorlage verteilt worden sei unter dem Hinweis, dass die Zeit dränge und die in Auftrag zu gebenden Arbeiten nicht mehr verschoben werden können, auch nicht bis zu dem Zeitpunkt, wo die vorgesehene Entwicklungsgesellschaft gegründet und diese Aufgabe übernehmen werde.
Aus der Vorlage ergebe sich weiterhin, dass ordentliche Massenermittlungen (Ausschreibung) nicht haben vorgenommen werden können. Ein Vorgang, den die UBM-Fraktion normalerweise nicht tolerieren würde.
In diesem Fall werde die UBM-Fraktion jedoch der Vorlage zustimmen, um eine zeitliche Verzögerung der Entwicklung des Gebietes zu verhindern. Die UBM-Fraktion gehe davon aus, dass die Ansätze angemessen

sind, ohne 100%ige Sicherheit zu verlangen, dass die Ermittlungen, soweit möglich, sorgfältig waren.
Die UBM-Fraktion bat darum, regelmäßig in Ausschusssitzungen bzw. im Stadtrat über den Verlauf, die Beauftragung, die Kosten und die zeitliche Abwicklung zu berichten.
Unter dieser Voraussetzung stimme die UBM-Fraktion der Vorlage zu.

Ratsmitglied Felten machte deutlich, dass wirklich keine Zeit zu verlieren sei. Da die Entwicklungsgesellschaft frühestens im Mai gegründet werden könne, sei es notwendig, dass die Stadt Trier insoweit in Vorlage trete, wie es vorgesehen sei, damit die notwendigen Vorbereitungen auf dem Grundstück durchgeführt und im August tatsächlich mit den Bauarbeiten begonnen werden könne.
Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Allein aus dem Kostenvolumen sei zu erkennen, um welche Mengen es sich handelt, so Beigeordneter Dietze. Da dies einer gründlichen Vorbereitung bedürfe, sei ein Ingenieurbüro eingeschaltet worden. Zur Frage der Kostenschätzung bemerkte Beigeordneter Dietze, dass exakt das Volumen und die Einordnung des voraussichtlichen Abbruchs nach Schadstoffbelastung ermittelt worden sei. Außerdem seien die Erfahrungswerte der Region zu Grunde gelegt worden, die nach Richtwerten ermittelt worden seien. Die Stadt und das Ingenieurbüro gehen davon aus, dass angesichts der aktuellen baukonjunkturellen Lage und der großen Nachfrage ein vernünftiger Marktpreis erzielt werden könne. Erst wenn das Ausschreibungsergebnis vorliege, sei bekannt, wie präzise die Schätzungen waren.
Beigeordneter Dietze sagte eine regelmäßige Berichterstattung zumindest bis zu dem Zeitpunkt zu, wo eine Übertragung auf die Entwicklungsgesellschaft erfolgt. In naher Zukunft werde dem Stadtrat eine Vorlage vorgelegt, die sich konkret mit der Entwicklungsgesellschaft befasst.
Zur Frage der Altlasten im Boden führte der Baudezernent aus, dass diese vom Bund in einem Verfahren unter Einschaltung von verschiedenen Behörden zu übernehmen seien. Die Kosten werden durch den Bund erstattet und seien auch Gegenstand des Grundstücksvertrages, wonach in zeitlichen Fristen eine Untersuchung erfolge und der Bund die Finanzierung vornehme.
Um das Gelände insgesamt frei zu räumen und Zeit zu gewinnen, so die weiteren Ausführungen des Baudezernenten, erfolge ein Abriss der Gebäude bis zur Gebäudeplatte. In den Untersuchungen der Analytik werden Bohrungen bis in den Boden vorgenommen, um für den nächsten Schritt, die Altlastenbeseitigung im Boden, die entsprechenden Informationen vorliegen zu haben. Die Stadt als Käufer der Grundstücke mit den Gebäuden sei für die Beseitigungen in Bezug auf die Gebäude zuständig.
Im Dezernatsausschuss habe nur eine kurze Erörterung erfolgen können. Der Zeitdruck habe sich insbesondere deshalb ergeben, weil die Vorbereitungsarbeiten einen erheblichen Zeitumfang eingenommen haben.

Ratsmitglied Becker verwies darauf, dass laut Begründung der Vorlage die Großbäume im Herbst 2002 gepflanzt werden sollen. Dies sei wohl eine Maßnahme, die „im Boden stattfinde“ und bei der erhebliche Mengen von Erde bewegt werden, so dass nach Auffassung von Ratsmitglied Becker bis zu diesem Zeitpunkt eine Untersuchung abgeschlossen sein müsse.

Beigeordneter Dietze stellte klar, dass dies nicht Gegenstand der Beschlussvorlage sei. Die Altlastenbeseitigung im Boden werde durch den Bund finanziert und von diesem entsprechend koordiniert. Sobald in den Boden eingegriffen werde, müssen die begleitenden Arbeiten durchgeführt werden.

Der Stadtrat beschloss bei 43 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen:

1. Die Stadt Trier führt auf dem Gelände der Städtischen Entwicklungsmaßnahme Petrisberg und zur Vorbereitung der Landesgartenschau 2004 Ordnungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2002 bis zur Gründung der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg mit Gesamtkosten von ca. 4.101.400 € durch.

2. Die Haushaltsmittel werden im Änderungsnachweis zum Haushaltsplanentwurf 2002 zusätzlich bei der Haushaltsstelle 2.6150.9400-0407 zur Verfügung gestellt. Der städtische Kreditanteil bleibt unverändert.